

Forum Familie

Informationen
Meinungen

Nr. 62

Februar 2013

Familienbund der Katholiken
Diözesanverband Freiburg

Familie bringt's!

So langsam geht es wieder los: Bundestagswahlen stehen vor der Tür und die Parteien entdecken die „Familie“ – oder was sie ideologisch dafür halten – und überschlagen sich mit wohlgemeinten und wertschätzenden Äußerungen, Plänen und Programmen.

Ob Integration oder Inklusion, ob Betreuung oder Pflege, ob Steuerrecht oder kommunale Förderprogramme – Familie wird immer genannt und im Bauchladen der wohlfeilen Worte ist für jeden etwas dabei.

Nach der Wahl wird man als gewählte Parteien gleich welcher Couleur dann völlig überrascht feststellen, dass es ja schon so viel Förderungen für Familien einerseits gibt und andererseits die Kassen so schrecklich leer sind, dass man endlich einmal eine gemeinsame Arbeitsgruppe einsetzen muss, um die Wirksamkeit der vielen Förder- und Unterstützungsprogramme zu prüfen. Die Arbeitsgruppe bekommt den Auftrag, bis zur Hälfte der Legislaturperiode einen Bericht vorzulegen. Der wandert dann vom Familienministerium ins Arbeits- und Sozialministerium, um letztendlich im Wirtschafts- und auch noch im Finanzministerium seine endgültige Fassung zu erhalten. Und – oh Schreck – schon ist wieder ein Wahljahr da. Die Papierflut hat eine Förderung erfahren, die Arbeitsgruppen nebst Gutachtern sind ebenso gefordert und gefördert worden und Meinungsumfragen wurden bemüht. Das statistische Bundesamt hat zum x-ten Mal festgestellt, dass Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehenden das größte Verarmungsrisiko droht, die Gutachter haben zum ebensovioleten Mal begutachtet, das unser Steuer- und Sozialversicherungssystem Familien benachteiligt. Neue Familienpolitische Leistungen wurden wieder dadurch bezahlt, dass innerhalb der Familien umgeschichtet wurde, bevorzugt von denen, die Geld brauchen, zu denen die schon haben – siehe Bundeserziehungsgeld.

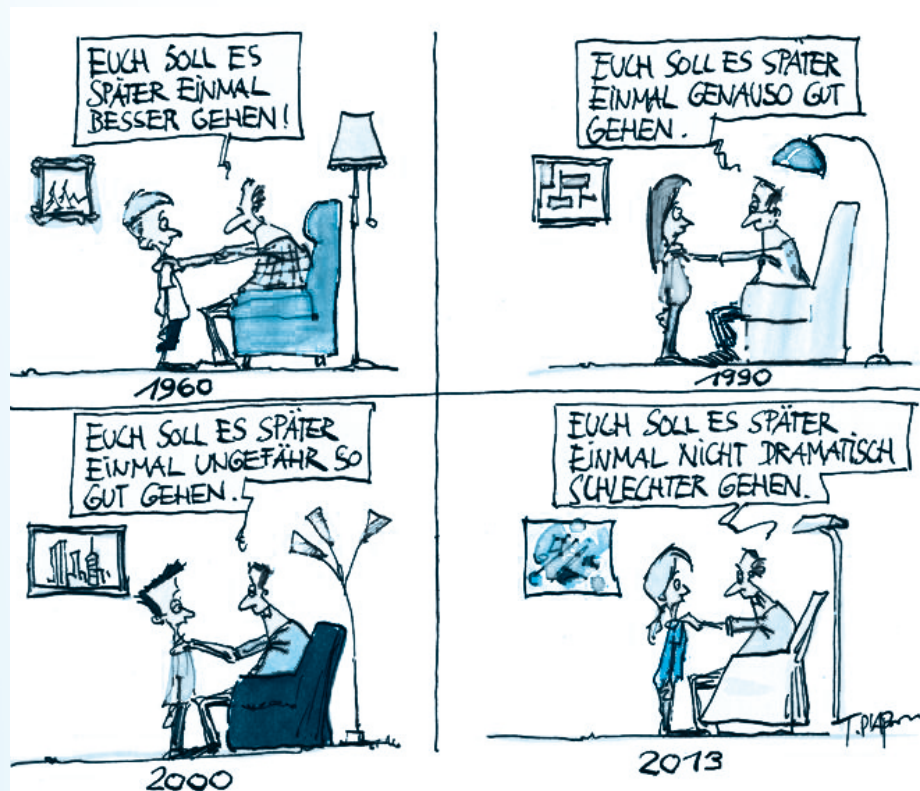
Paul Kirchhof, Verfassungsrechtler und „Lobbyist für Familien“ stellte beim Neujahrsempfang des Erzbischofs die Frage, ob man an den Geldausgaben ablesen könne, was uns in Staat und Kirche etwas wert sei. Nur ein Beispiel: Bankenrettung zugunsten der Aktionäre, Abwendung von Staatsbankrotten zugunsten derer, die sich leisten können,

Staatsanleihen in großem Umfang zu kaufen und das alles mit unüberschaubaren Summen an Geld, das gar nicht da ist, sondern als Schulden von der nächsten Generation aufgebracht werden muss. Von den PolitikerInnen hören wir nur, dass das einerseits alternativlos sei, zum anderen unsere Wirtschaft stütze und drittens alle in Europa daran mit bezahlen müssten. Die Statistik weist daneben aus, dass die Vermögen der 500 reichsten Bundesbürger auch während der Finanzkrise um rund 5 % gewachsen sind.

Die Geburtenrate sinkt weiter, die Eingeständnisse, dass es nicht reicht, mit politischen Maßnahmen den Kinderwunsch zu fördern, werden häufiger.



Stephan Schwär
Diözesanvorsitzender
des Familienbundes der
Katholiken



Familie bringt`s!

Also genügend Gründe, um pessimistisch in die Zukunft zu blicken? Weit gefehlt. Wer das Glück hat, mit Kindern zusammenzuleben, der hat jeden Tag allen Grund zu Optimismus, ansteckender Lebensfreude, Mut und Engagement. Familie ist Zukunft und ohne Familie ist kein Staat zu machen – auch in Zukunft nicht. So sollten wir auch und gerade im Wahljahr mit viel Selbstbewusstsein und eindeutigen Diskussionsbeiträgen uns zu Wort melden. Und aus der - vielleicht angesichts der oben

aufgezählten Schwierigkeiten - ängstlichen Frage: „Was tun?“ eine klare Antwort machen: „Was tun!“ – zum Beispiel im Familienbund. Familien sind nicht Kostenfaktoren im KiTa- und Schulwesen, sondern Zukunftsträger. Familien sind nicht Finanzproblem in Staat und Sozialkassen, sondern die Lösung dieser Probleme. Familien sind nicht wirtschaftsfeindlich, weil sie die Eltern von der Arbeit abhalten, sondern die Wirtschaftsförderer schlechthin, weil sie einerseits konsumieren und andererseits die Fachleute der Zukunft unbemerkt und „kostenfrei“ ausbilden in Sozialkompetenzen wie Rücksicht, Kommunikationsfähigkeit, Konfliktkultur, Interessenausgleich.



„Familie bringt`s!“,

so müsste nicht nur unser Slogan, sondern unsere Haltung lauten. Wer hier etwas tut, wer sich hier einbringt, die und der leistet nicht nur etwas für sich und das Bruttoinlandsprodukt. Familien sind die Leistungsträger über Generationen hinweg, nicht kurzfristig über Jahresbilanzen oder Legislaturperioden.

Ich wünsche viel Freude beim Lesen, langen Atem bei Diskussionen und Selbstbewusstsein in den Forderungen!

Stephan Schwär

Irland hat in der EU die höchste Geburtenrate

Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau in Deutschland und in Baden-Württemberg rangiert EU-weit im hinteren Drittel.

Im Jahr 2011 sind in den 27 Staaten der Europäischen Union etwas mehr als 5,2 Mill. Kinder geboren worden, darunter die meisten in Frankreich (828 000), gefolgt vom Vereinigten Königreich (808 000).

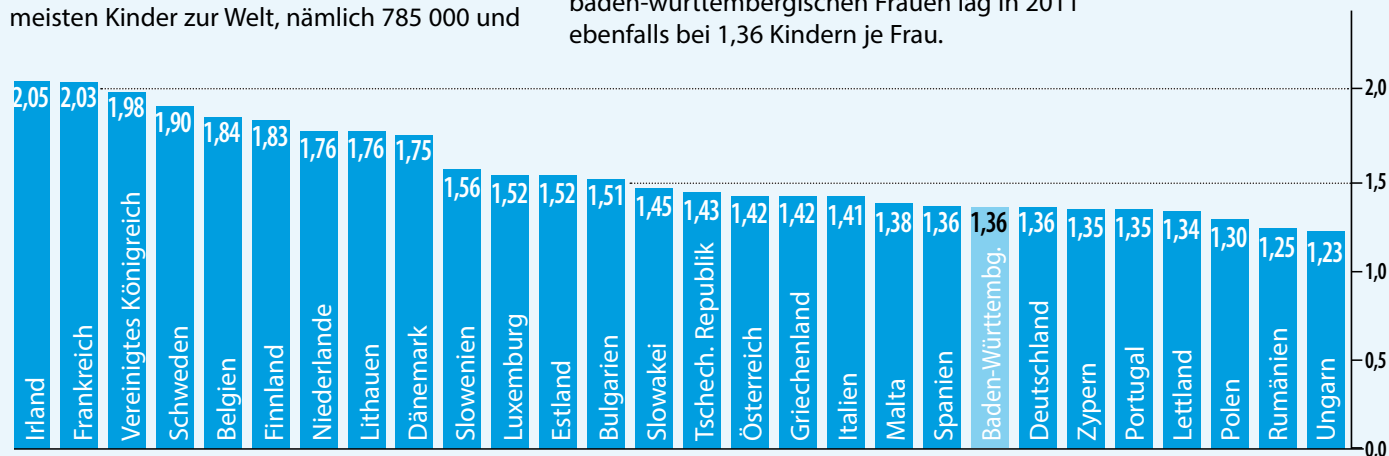
Noch 1998 kamen EU-weit in Deutschland die meisten Kinder zur Welt, nämlich 785 000 und

damit immerhin 18 Prozent mehr als 2011.

Der Rückgang der Kinderzahlen in Deutschland ist jedoch nicht auf eine gesunkene Geburtenrate zurückzuführen, sondern auf einen Rückgang der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter, so das Statistische Landesamt. Denn die durchschnittliche Zahl der Kinder je Frau lag mit 1,36 im Jahr 1998 exakt so hoch wie in 2011. Die Geburtenrate der baden-württembergischen Frauen lag in 2011 ebenfalls bei 1,36 Kindern je Frau.

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau in den Staaten der Europäischen Union 2011¹

¹ teilweise Angaben von 2009 und 2010



Familienförderung durch Kindergeld?

Immer wieder wird durch die Bundesregierung und durch angebliche Familienpolitiker und Familienpolitikerinnen der Gesellschaft verkauft und oft den Familien vorgehalten, dass sie doch (endlich) mal zufrieden sein sollen, da sie durch das (hohe) Kindergeld sehr gut gefördert würden.

In den Familienverbänden wird dieser Mythos seit eh und je als grottenfalsch bekämpft.

Aktuell haben wir in unserer Kritik prominente Unterstützung durch Professor Dr. Notburga Ott und Professor Dr. Martin Werding von der Ruhr Universität Bochum.

In ihrer Untersuchung „Schnittstellen im Sozial-, Steuer- und Unterhaltsrecht“ – übrigens im Auftrag des Bundesfamilienministeriums – analysieren sie u. a. die „Funktionen des Kindergeldes“.

**Klares Ergebnis:
Von Familienförderung durch Kindergeld kann praktisch keine Rede sein.**

Die Graphiken zeigen das am Beispiel eines Ehepaares mit einem Kind mit Steuerklasse 4 (beide erwerbstätig) und Steuerklasse 3 (Alleinverdiener).

Der jeweilige „Berg“ in den Grafiken der die Förderung durch Kindergeld darstellt hat in einer schmalen Einkommenszone eine Spitze und fällt dann extrem schnell flach ab.

In den darunter liegenden Einkommen dient es ausschließlich zur Bedarfsdeckung (das ausgezahlte Kindergeld wird voll auf Hartz IV angerechnet), in den darüber liegenden Einkommen ist der Löwenanteil zwingende Erstattung zu viel und zu Unrecht eingemommener Steuern – s. auch im horizontalen Vergleich auf S. 12. Bei den darüber liegenden Einkommen greift ohnehin die höhere Erstattungswirkung des Steuerfreibetrages. Diese (wenigen) Familien bekommen zunehmend mehr mehr als das Kindergeld durch die Wirkung des Kinderfreibetrages.

Das etwa beim Beispiel „Alleinerziehende mit einem Kind“ das Ergebnis ebenso dra-

matisch ausfällt, wird niemanden wundern. Für 82,1 % der Alleinerziehenden ist das Kindergeld ausschließlich Bedarfsdeckung, für 16 % anteilige Förderung und für 1,9 % ausschließlich Steuererstattung.

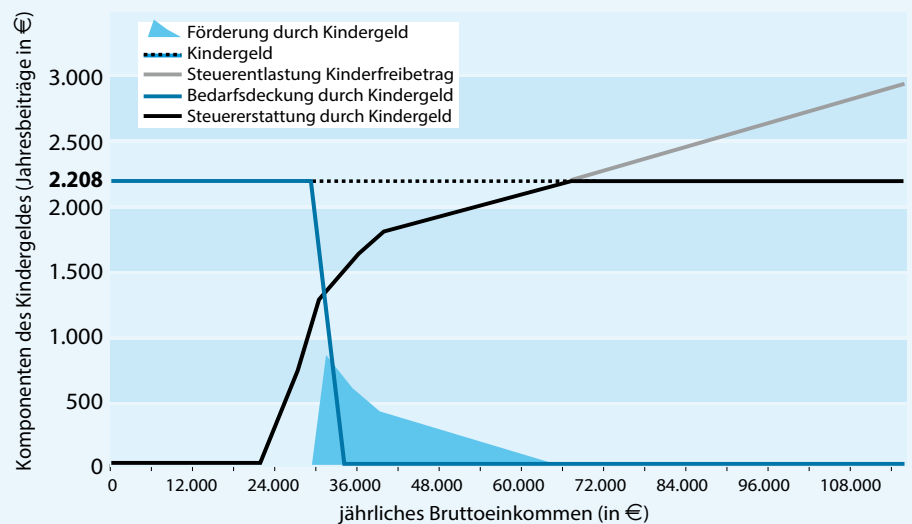


Georg Zimmermann
Diözesangeschäftsführer
des Familienbundes
der Katholiken

Also: Das war wohl nichts mit Familienförderung durch Kindergeld – der Mythos ist entlarvt!

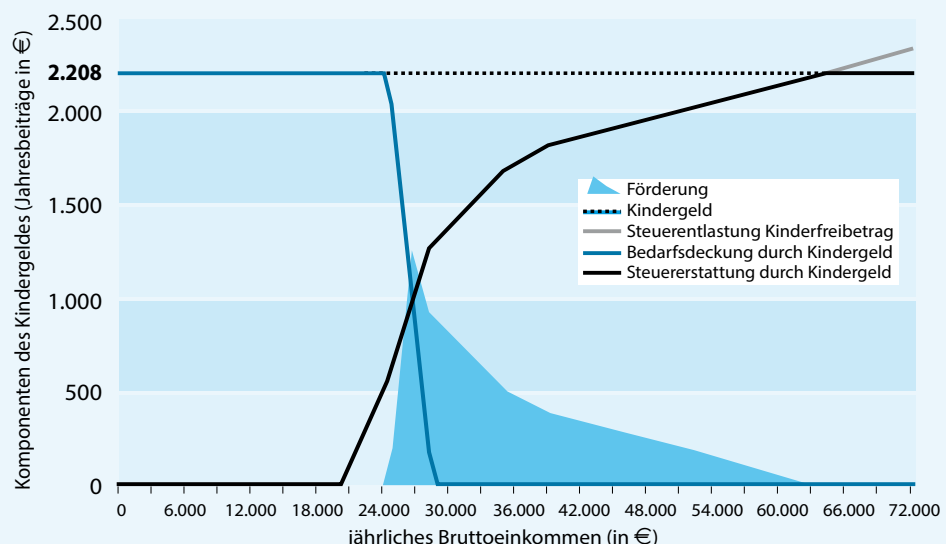
G.Z.

Steuerklasse 4, Ehepaar mit 1 Kind, beide erwerbstätig



N. Ott und M. Werding (2013), Steuer Transfer-Modell Sowi-RUB. 2013, Ruhr-Universität Bochum

Steuerklasse 3, Ehepaar mit 1 Kind, Alleinverdiener





Prof. Herwig Birk

Deutscher Bevölkerungs-
wissenschaftler,
Mitglied des Demographie-
Beirats der Regierung des
Landes Sachsen-Anhalt

Die fünf demographischen Plagen

Deutschland hat das Potential für eine der höchsten Geburtenraten in Europa

Die Bundesregierung hat zur Bekämpfung der demographischen Krise eine sogenannte Demographiestrategie entwickelt. Darin werden Maßnahmen für alle denkbaren Auswirkungen des demographischen Wandels vorgestellt, aber man findet so gut wie kein Wort über die Steuerung der Ursachen. Die Hauptursache der Krise – die niedrige Geburtenrate – soll unter keinen Umständen beeinflusst werden. Grund: „Der Staat hat im Schlafzimmer nichts zu suchen.“ Ein wahrer Satz, aber der Staat betreibt auf seine Weise massive Bevölkerungspolitik und regiert bedenkenlos in die Familien hinein.

Auf die Entscheidungen für oder gegen Kinder hat nicht die Familienpolitik die größten Wirkungen, sondern Politikbereiche wie die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Indem etwa eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik die Realeinkommen der Menschen erhöht, vergrößert sie zugleich das entgangene Einkommen, wenn eine Frau zugunsten der Erziehung von Kindern auf Erwerbsarbeit verzichtet, falls sich nicht beides vereinbaren lässt. Auf diese Weise übt die Wirtschaftspolitik, ohne formal zuständig zu sein, eine negative Nebenwirkung auf die Geburtenrate aus, deren Ausmaß den Einfluss der Familienpolitik weit übertrifft. Ähnliches gilt für die Politikbereiche wie die Sozial- und Bildungspolitik.

Die Stärke der Familien in Deutschland wird allgemein verkannt: Eine Mehrheit von zwei Dritteln der Menschen hat Kinder, und zwar seit Jahrzehnten unverändert die ideale Zahl von durchschnittlich zwei pro Frau. Deutschland hat nur deshalb eine der niedrigsten statt eine der höchsten Geburtenraten Europas, weil wesentlich mehr Menschen kinderlos bleiben als in anderen Ländern, beispielsweise in Frankreich. Beim Jahrgang 1950 war die größte Frauengruppe – die nicht Zugewanderten in den alten Bundesländern – noch zu 15,4 Prozent zeitlebens kinderlos. Der Prozentsatz erhöhte sich bis zum Jahrgang 1970 auf den internationalen Spitzenwert von 30,0 Prozent. In den neuen Bundesländern und bei den Zu-

gewanderten ist der Prozentsatz nur halb so hoch, aber er stieg ebenfalls vom Jahrgang 1950 bis zum Jahrgang 1970 auf das Doppelte – Tendenz steigend.

Die Konsequenzen der niedrigen Geburtenrate erinnern an die Plagen der Bibel. In Deutschland sind fünf demographische Plagen in Form von wachsenden Verteilungskonflikten zu unterscheiden:

Erstens zwischen alten und jungen Generationen beziehungsweise zwischen den Beitrags- und Steuerzahlern einerseits und Menschen im Ruhestand andererseits.

Zweitens innerhalb jeder alten und jeder jungen Generation zwischen Menschen mit beziehungsweise ohne Nachkommen: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2001 ist die Pflegeversicherung – darüber hinaus auch die Renten- und Krankenversicherung – verfassungswidrig, weil Kinderlose privilegiert werden, indem sie die vollen Versorgungsansprüche erwerben, ohne den „generativen“ Beitrag in der Form der Kindererziehung zu leisten, ohne den die umlagefinanzierte Sozialversicherung nicht funktioniert.

Drittens zwischen den Entleerungsgebieten einerseits und den Landeshauptstädten und Metropolregionen andererseits, die ihre demographischen Defizite zu Lasten der Entleerungsgebiete verringern.

Viertens zwischen Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund: Migranten leben auf Grund ihrer im Durchschnitt wesentlich schlechteren schulischen und beruflichen Qualifikationen zu einem viel höheren Anteil von Sozialtransfers.

Fünftens zwischen den Ländern im Norden und Süden Europas, denn die Finanzkrise entstand nicht zuletzt aus der Schuldenaufnahme zur Finanzierung der demographischen Lasten der sozialen Sicherungssysteme, deren Defizite in allen Ländern durch die niedrige Geburtenrate verursacht werden.



Die Politik könnte, wenn sie es wollte, für einen Wiederanstieg der Geburtenrate sorgen, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, sie betreibe Bevölkerungspolitik nach dem Muster der Nazizeit.

Dafür müssten vor allem folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Die wichtigste Maßnahme besteht in der Beendigung der vom Bundesverfassungsgericht als grundgesetzwidrig verurteilten Verletzung des Familienschutzes (Art. 6, Abs. 1 GG, sogenanntes „Trümmerfrauenurteil“ vom 7.7.1992). Auch im Urteil zur Pflegeversicherung vom 3.4.2001 hat das Bundesverfassungsgericht einige dem Ziel der Familiengerechtigkeit dienende Reformen bei der Beitragsfestsetzung in der gesetzlichen Pflege-, Kranken- und Rentenversicherung gefordert, die bisher von der Politik nicht ausreichend bzw. überhaupt nicht umgesetzt wurden.

2. Eine weitere Maßnahmengruppe ist die Schaffung von Betreuungseinrichtungen für Kinder ab dem Vorschulalter mit gut ausgebildeten Fachkräften, wie dies beispielsweise in Frankreich (Écoles Maternelles) oder skandinavischen Ländern geschieht.

3. So wie in Deutschland diejenigen in verfassungswidriger Weise von Kindern profitieren, die keine haben, so profitieren die Landeshauptstädte, Oberzentren und Metropolregionen von den Zuzügen der jungen, gut ausgebildeten Menschen aus ländlichen oder peripheren Regionen. Um diese demographische Ausbeutung zu beenden, muss der Finanzausgleich auf allen räumlichen Ebenen durch Berücksichtigung von demographischen Indikatoren neu konzipiert werden.

4. Anzustreben ist eine stärkere Konzentration der staatlichen Ehe- und Familienförderung auf die Erziehung von Kindern statt auf den formalen Status der Ehe.

5. Besonders wichtig und wirksam wäre die vom Verfasser vorgeschlagene Einräumung eines Vorrangs für Eltern bei der Vergabe von Arbeitsplätzen im Falle gleich qualifizierter Bewerber. Darin läge keine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes der Verfassung, vielmehr würde dadurch das Gleichheitsgebot erst erfüllt. Denn aus rechtlicher Sicht wird das Gleichheitsgebot gerade dann verletzt, wenn ungleiche Sachverhalte unterschiedslos gleich behandelt werden. Die Umsetzung des Prinzips „Vorrang für Eltern“, die Kinder erziehen oder andere Familienlasten tragen, beispielsweise Angehörige pflegen, lässt sich zwar rechtlich nicht erzwingen, weil seine Einhaltung nur schwer kontrolliert werden kann. Aber wesentlich erfolgversprechender wäre ohnehin eine

freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen, allen voran der Arbeitgeber im öffentlichen Dienst.

6. Zusätzlich zu den existierenden Frauenquoten sollten Mütterquoten eingeführt werden, um die gravierende Doppelbelastung vieler Frauen durch Familien- und Erwerbsarbeit zu berücksichtigen.

7. Quer über alle im Bundestag vertretenen Parteien wird die Einführung eines aktiven Wahlrechts durch die Eltern für ihre noch nicht wahlberechtigten Kinder diskutiert. Gegen diesen Vorschlag wird zwar häufig eingewandt, daß dies der Verfassung widerspräche, aber der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof stellte dazu fest: „Die Demokratie folgt dem Prinzip: Ein Mensch – eine Stimme. Ein Kind ist ein Mensch, sogar der Mensch, der von den politischen Grundsatzentscheidungen – über Friedenspolitik, Umweltschutz, Bildungssysteme, Generationenvertrag, Staatsverschuldung – noch länger betroffen ist, als die bisher Wahlberechtigten... die fehlende Fähigkeit, ein Recht auszuüben, hindert nicht die Berechtigung. Wie ein Säugling Eigentümer sein kann, in seinen Eigentumsrechten aber von seinen Eltern vertreten wird, so könnte ein Kind auch wahlberechtigt sein... das Prinzip der Unmittelbarkeit der Wahl wäre weniger betroffen als durch Koalitionsverhandlungen nach der Wahl. Damit sind die Kinder nicht mehr Staatsbürger minderen Rechts. Das Parlament ist auch von den kommenden, hochbetroffenen Generationen legitimiert“.

Die wichtigste Maßnahme wäre die Umsetzung der Urteile des Bundesverfassungsgerichts, denn durch die Missachtung der höchstrichterlichen Rechtsprechung hat Deutschland auf diesem Gebiet seine Rechtsstaatlichkeit verloren. Durch die Missachtung des Rechts wird die Schrumpfung der Bevölkerung beschleunigt, die Alterung verstärkt und die Einwanderung zu Lasten der Herkunftsgebiete gefördert.





Georg Zimmermann
Diözesangeschäftsführer
des Familienbundes
der Katholiken

Kampagne Beitragsgerechtigkeit für Familien

Die Kampagne für Beitragsgerechtigkeit für Familien in der Pflege-, Renten- und Krankenversicherung hat sehr verschiedene Facetten.

Unsere **Musterklagen** sind als Revision beim Bundessozialgericht angekommen – jetzt heißt es warten und hoffen, dass das Gericht im Tenor des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Pflegeversicherung vom April 2001 zugunsten von Familien entscheidet.

- Unsere **Fachtagung** zur Beitragsgerechtigkeit für Familien am **23. März 2013 in sanctclara in Mannheim** führt hochkarätige Juristen und Sozialwissenschaftler zusammen, die den Familienbund argumentativ unterstützen.
- Unser Gesellschaftsspiel **„Rente sich wer kann“** ist ein neues Angebot für die (politische) Erwachsenenbildung – s. unsere Veranstaltungsvorschläge auf der Seite gegenüber.



Gleichzeitig ist es für Sie alle zum Mitmachen: Spielen Sie es in der Familie, mit Freunden, Nachbarn, Kollegen... Es ist ganz einfach: Das Spiel liegt diesem Forum bei. Wie Sie sehen, ähnelt es dem Mensch ärgere Dich nicht! Das stimmt für die Grundregeln – sie sind gleich (würfeln, rauswerfen... usw.). Dazu finden Sie eine ausführliche Spielanleitung an der linken Seite des Spielfeldes.

Wichtige Unterschiede sind: Es gibt Spielkegel, wie Sie sie aus Ihrer Spielsammlung, Halmaspiel

usw. nehmen können, aber diese heißen hier „Erwerbstätige/-r“. Und als weitere Spielsteine gibt es „Kinder“ mit den schönen Spitznamen „Wincent“ und „Wincenta“ (englisch win – Kinder sind der „Gewinn“ in der Rentenversicherung oder man könnte auch sagen sie sind Geld wert). Dazu nehmen Sie Cent-Stücke und bekleben Sie mit den bei der Spielanleitung aufgedruckten Smileys.

Trotz sehr unterschiedlicher Startvoraussetzungen (ein/e Erwerbstätige/-r, kinderloses erwerbstätigen (Ehe)paar, Erwerbstätigen(ehe)paar mit einem Kind und einer Erwerbstätige/-r mit vier Kindern) müssen alle in ihrem „Rentenhaus“ drei Felder füllen. Das geht nur dadurch, dass alle Spieler und Spielerinnen mit allen Kindern spielen dürfen – also mit den „Kindern anderer Leute“. Die Kinder dürfen nicht rausgeworfen werden – sie sind ja spielentscheidend. Aber: Sehen Sie selbst – probieren Sie das Spiel aus!

Vielleicht wird Ihnen dabei ein klein wenig unheimlich, mit den Kindern anderer Leute zu spielen. (So ist es auch in der Rentenversicherung: Kinder anderer Leute zahlen die Rente Kinderloser). Oder: Die Kinder sind spielentscheidend. (Wie in der Rentenversicherung: Ohne Kinder gibt es keine Alterssicherung).

Und Spaß macht es auch noch, oder es ärgert, oder... („rette) rente sich wer kann“ – Sie werden was erleben... G.Z.

**Samstag,
23. März 2013
in Mannheim B 5, 19
sanctclara**

bis 10.15 Uhr Eintreffen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen

10.20 Uhr Begrüßung durch den Veranstalter

Familiengerechtigkeit beim Bundesverfassungsgericht

Auswirkungen von BVerfG-Entscheidungen (Trümmerfrauenurteil 1992 Beitragskinderurteil 2001...) auf die Pflege-, Renten- und Krankenversicherung

10.30 Uhr **Thematische Einführung** Dr. Jürgen Borchert

11.00 Uhr **Sozialökonomische Expertisen**

- Pflegeversicherung Prof. Dr. Heinz Rothgang
- Rentenversicherung Prof. Dr. Herwig Birg
- Krankenversicherung Dr. Frank Niehaus

12.45 Uhr **Familienbund beim Bundessozialgericht**

Die Musterklagen des Freiburger Familienbundes zur Beitragsgerechtigkeit für Familien in der gesetzl. Pflege-, Renten- und Krankenversicherung Prof. Dr. Thorsten Kingreen

13.15 Uhr Mittagsimbiss

14.00 Uhr Beitragsgerechtigkeit für Familien – politisch (nicht) machbar?!

Podiumsdiskussion

- Dr. Jürgen Borchert
 - CDU:
 - SPD:
 - GRÜNE:
 - FDP:
- jeweils verantwortliche Politiker oder Politikerinnen der Bundesparteien

Moderation: Karl-Dieter Möller, ARD Rechtsexperte

Öffnung der Diskussion ins Plenum

16.45 Uhr „Schlusspunkt“ und Ausklang mit offenen Gesprächen

ca. 17.30 Uhr Ende der Tagung

Raumgestaltung durch Cartoons von Thomas Plaßmann

Mitmachen – dabei sein

Veranstaltungsvorschläge für das Jahr 2013 im Rahmen der Kampagne des Familienbundes

Krankenversicherung = familiengerecht?!

Ein unterhaltsam-lehrreicher Abend zur Meinungsbildung

am 10. April 2013 um 19.30 Uhr
in Ehe+Familie in Freiburg

„Die gesetzliche Krankenversicherung ist familienfreundlich - Kinder sind beitragsfrei mitversichert!“ – Stimmt das wirklich?

Um diesen und andere Irrtümer und die Frage, wie eine „Bürgerversicherung“ aussehen könnte, die alle auf gerechte Art und Weise einbezieht, erfahren Sie an diesem Abend. Die „Feature“-Methode ermöglicht abwechslungsreiche Annäherungen an das Thema mit Quiz und Diskussion, Statistiken und Meinungen, Film und Power Point.

Machen Sie auch mit – laden Sie uns ein.

„Rente sich wer kann“

Überraschende Einsichten in unser unfaires Rentensystem

„Die Rente ist sicher!“ - Ein Ausspruch von Norbert Blüm, der schon lange angezweifelt wird. Das bestehende System ist in Schieflage und muss verändert werden. Im Moment sind besonders Erwerbstätige, die Kinder haben, benachteiligt und werden unverhältnismäßig zur Kasse gebeten.

Ob diese Behauptungen stimmen und wie Sie selbst die Lage beurteilen, können Sie beim Gesellschaftsspiel „Rente sich wer kann“ herausfinden. Wir wollen konkret mit Ihnen spielen – und anschließend diskutieren und Fragen beantworten.

So wird für den Abend am 6. Mai 2013 um 19.30 Uhr
in Freiburg in Ehe+Familie eingeladen.

Und so zum Vorabend der Fachtagung

Freitag, 22. März um 19 Uhr in sanctclara Mannheim, B5, 19

mit Georg Zimmermann und Stephan Schwär, Familienbund Freiburg – „Rente sich wer kann“ Das Spiel für die ganze Gesellschaft.



Eine Veranstaltung des Ökumenischen Bildungszentrums sanctclara Mannheim

Die gesetzliche Rentenversicherung ist ein elementarer Baustein unserer sozialen Sicherung und auch ein Garant des Wohlstands. Aber ist sie wirklich gerecht organisiert? Der demographische Wandel macht uns bewusst, dass unsere Alterssicherung ohne Kinder keine Chance hat. Aber wie wird die Erziehungsleistung der Familien bewertet, die mit ihren Kindern Zukunft erst möglich machen? Wir meinen: viel zu gering. Eltern und Kinderlose mit gleichem Einkommen zahlen Rentenbeiträge in gleicher Höhe, obwohl Eltern zusätzlich für ihre Kinder sorgen. Das ist nicht fair. Wir laden Sie ein spielerisch über die unfairen Regeln der gesetzlichen Rentenversicherung nachzudenken

Machen Sie auch mit – laden Sie uns ein und – wir kommen gern.

Termine bitte über die Geschäftsstelle abstimmen – ab April möglich.

Falls Fahrtkostenerstattung und/oder Honorar möglich sind wandern sie mit Dank in die Verbands- bzw. Kampagnenkasse – ansonsten kommen wir auch so.

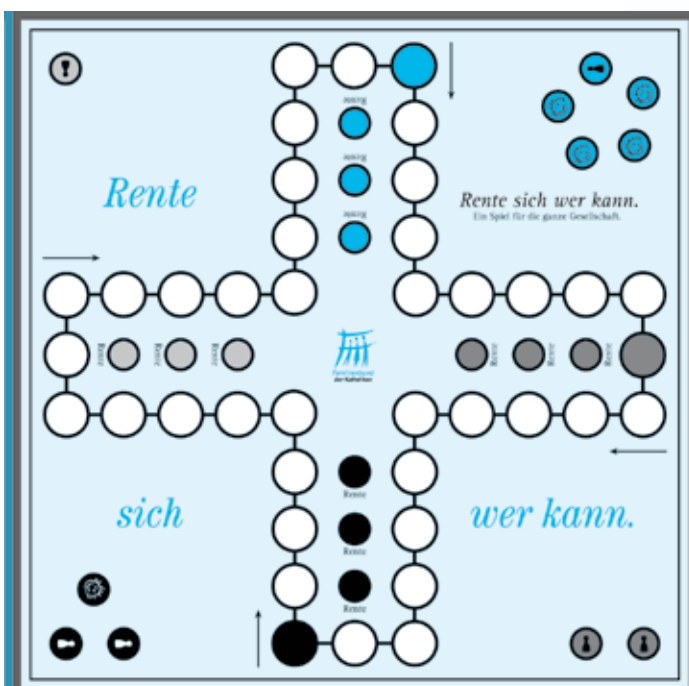
Einladung der örtlichen Presse ist erwünscht.

Leitung:

Stephan Schwär/Diözesanvorsitzender und Georg Zimmermann/Diözesan-geschäftsführer, evtl. je nach terminlichen (Nicht-) Möglichkeiten andere Mitglieder des Diözesanvorstandes.

Spielen Sie selbst in der Familie, mit Freunden, Nachbarn, Kollegen ... das Spiel liegt diesem Forum Familie bei.

G.Z





Thomas Pläßmann

Karikaturist
mit spitzer Feder

Sozialpolitisches im Spiegel der Karikatur

Ausstellung:
Freitag, 22. März,
18 Uhr Eröffnung
in sanctclara
in Mannheim B 5,19

Weitere Ausstellungstermine und Orte
können gern nachgefragt werden –
laden Sie uns ein

Bei brisanten Themen kann ein Schmunzeln manchmal durchaus mehr bewirken, als Anteilnahme oder Mitleid. So sieht es auch der Cartoonist und Karikaturist Thomas Pläßmann. Seit 1987 ist er als freischaffender Zeichner für verschiedene Zeitungen tätig und skizziert mit erfrischendem Humor Szenen aus dem alltäglichen Leben in Deutschland. Für die „Frankfurter Rundschau“, die „Neue Ruhr Zeitung“ oder das Konradsblatt spitzt der Familienvater regelmäßig seine Feder. Dabei provoziert er ganz bewusst. Die Ausstellung eine kritische Bestandsaufnahme des deutschen Sozialsystems zur „Beitragsgerechtigkeit für Familien in der Pflege-, Renten- und Krankenversicherung“. Sozialpolitische Themen bewegen nicht nur die Politik, sondern auch die Normalbürger. Die Exponate von Thomas Pläßmann lösen beim Betrachter und der Betrachterin oft ein Schmunzeln, aber auch kritische Gespräche aus.



**Pflege braucht pflegende
Hände und viel Geld –
nur Kinder von heute
können in Zukunft für
beides sorgen!**

**Rente lässt sich in keinem
System ansparen –
nur Kinder von heute können
in Zukunft eine Umverteilung
der Ressourcen zur Alters-
sicherung gewährleisten!**



**Krankheit/Gesundheit braucht
zupackende Hände und viel Geld –
nur Kinder von heute können
in Zukunft für beides sorgen!**



Neu für Familien im Jahr 2013

Gesetzlicher Anspruch auf U3-Betreuungsplatz

Ab dem 1. August 2013 haben Eltern mit einem Kind unter drei Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz in einer Kita oder bei einer Tagesmutter. Stellt die Kommune keinen Platz zur Verfügung, können die Eltern ihn einklagen.

Für privat betreute Kinder wird Betreuungsgeld gezahlt

Ebenfalls zum 1. August 2013 startet das Betreuungsgeld. Es kann für Kinder beantragt werden, die ab diesem Stichtag geboren werden und wird bis zu 22 Monate gezahlt. Mütter oder Väter, die sich selbst in Vollzeit um ihr Kind kümmern bzw. es anderweitig privat betreuen lassen und keinen öffentlich geförderten Betreuungsplatz nutzen, erhalten dann für jedes Kind 100 Euro pro Monat. Von August 2014 an sollen es 150 Euro sein.

Elterngeld wird neu berechnet

Aufgrund des Gesetzes zur Vereinfachung des Elterngeldvollzugs sind ab 2013 für das Elterngeld von Arbeitnehmer/-innen nicht mehr die tatsächlichen Nettoverdienste ausschlaggebend. Stattdessen werden vom Bruttoverdienst Pauschalsätze für die Sozialversicherung abgezogen. Die Folge: Das so berechnete

Nettoeinkommen ist geringer. Hinzu kommt, dass auch Freibeträge nicht mehr bei der Berechnung berücksichtigt werden. Besonders stark wirkt sich die Änderung aus, wenn Eltern mit einem Wechsel der Lohnsteuerklasse das Elterngeld erhöhen wollen. Bei der Berechnung des Nettoeinkommens gilt ab sofort der Satz, den der betreffende Elternteil in den letzten zwölf Monaten am längsten hatte. Ein Wechsel in eine günstigere Steuerklasse bringt daher nur etwas, wenn er mindestens sieben Monate vor der Geburt des Kindes stattfindet. Zur Vermeidung von Nachteilen sollten werdende Eltern daher frühzeitig beraten lassen. Gute Dienste könnte auch der neue Online-Elterngeldrechner des Bundesfamilienministeriums leisten, der eine Vorschau auf die Höhe des Elterngeldes ermöglicht.



Familienreport 2012

Familien sind die stabile Basis der Gesellschaft · Politik muss weiter an Rahmenbedingungen arbeiten

Der Familienbund sieht im Mitte Januar 2013 veröffentlichten Familienreport 2012 die elementare Bedeutung der Familien für die Gesellschaft bestätigt. „Familien sind die stabile Basis unserer Gesellschaft. Die Politik ist deshalb gefordert, alles zu tun, um Familien bestmögliche Rahmenbedingungen zu bieten. Vor allem darf nicht am durch das Grundgesetz garantierten Schutz und der Förderung der Ehe gerüttelt werden“, kommentierte Elisabeth Bußmann, die Präsidentin des Familienbundes der Katholiken. Sie fordert darüber hinaus, vor allem junge Eltern, Kinderreiche und alleinerziehende Familien finanziell stärker zu unterstützen. „Auch für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie bedarf es dringend weiterer verlässlicher Regelungen“, sagte sie.

- Elisabeth Bußmann verwies darauf, dass drei Viertel aller Kinder bei verheirateten Eltern aufwachsen.
- Die Zahl der Eheschließungen und der Ehescheidungen ist konstant und auch nach Trennungen halten die meisten Menschen an Ehe und Familie fest.
- Es ist erfreulich, dass sowohl der Wert, den Menschen ihrer Familie beimessen, als auch die Zufriedenheit mit dem Familienleben in den vergangenen 30 Jahren beständig gestiegen sind. 2010 sagten mehr als drei Viertel der jungen Menschen, dass man eine Familie braucht, um glücklich zu sein. „Gerade deshalb ist es wichtig, Familien weiter zu entlasten“, so Elisabeth Bußmann



Elisabeth Bußmann
Präsidentin des Familienbundes der Katholiken, Berlin



Deutschland im Schuldensog

Stellen Sie sich vor, Ihr Nachbar kauft sich ein neues Auto und lässt Sie im Vertrag ohne Ihr Mittun als Bürgen oder gar als Schuldner eintragen. So ein Quatsch, denken Sie zu Recht und lehnen sich beruhigt zurück. Denn unsere Rechtsordnung lässt solch einen Unsinn gar nicht zu und das ist gut so.

Was im Privat- und Wirtschaftsleben völlig undenkbar ist, wird aber von Staats wegen seit ca. 4 Jahrzehnten eifrig und fleißig praktiziert. Das Beispiel stammt nicht aus dem Buch von Paul Kirchhof, aber er schreibt sehr wohl, dass eines der großen auch rechtlichen Probleme der enormen Staatsverschuldung (derzeit rund 2.000 Milliarden Euro) genau dieser Punkt ist: Diese Schulden werden von Leuten gemacht, die vom Nutzen profitieren, die Lasten durch Zinsen, Zinseszinsen und Tilgung aber nicht übernehmen werden/müssen/können, sondern auf andere abwälzen. Somit trifft das Beispiel wieder zu.

Ein stetig steigender Schuldenberg sagt ja nichts anderes, als dass die Tilgung der Schulden immer weiter in die Zukunft verschoben wird. Ein Beispiel: Der Staat finanziert eine Autobahn mit Schulden, d. h. mit dem Geld zukünftiger Steuerzahler, heutiger Kinder. Wenn diese Kinder selbst Auto fahren, ist die Autobahn längst abgenutzt und reparaturbedürftig. Die Kinder zahlen den heutigen Nutzen voll, und haben die Last der Instandsetzung bevor sie selbst einen eigenen Nutzen aus der ursprünglichen Investition haben. Der Vertrag mit den Gläubigern wurde zu Lasten derer beschlossen, die keinen Nutzen haben und dem Vertrag noch nicht einmal zustimmen konnten, weil sie als Wähler noch keine Stimme hatten. Die

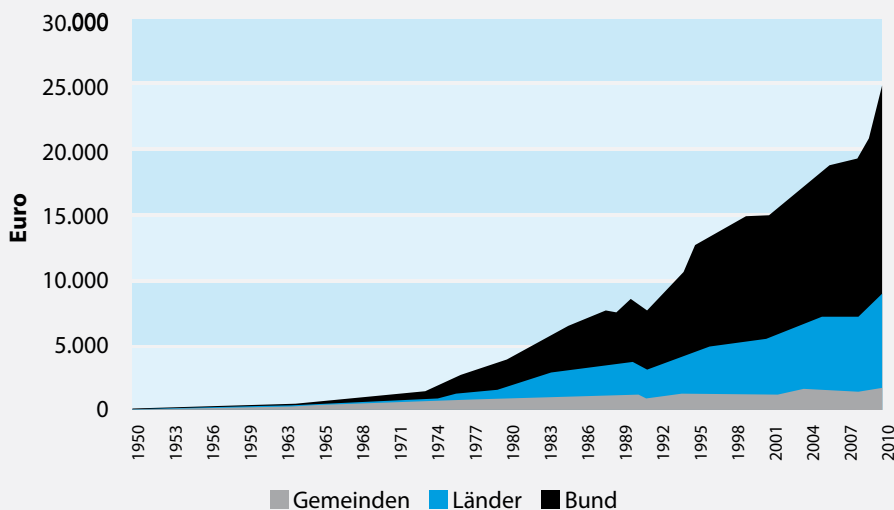
Autobahn können Sie getrost ersetzen durch Bürgerhäuser, Schwimmbäder, Dorfsanierungen usw.. „Wir leben auf Pump“ heißt nichts anderes als: Wir zehren das auf, was wir damit unseren Kindern einerseits vorenthalten und andererseits ihnen als Bezahllast auferlegen.

Dieses Phänomen ist seit den 70er Jahren zu beobachten, seither steigt die Staatsverschuldung in einem Ausmaß, das kaum zu überschauen ist. Eine weitere Problematik, die sich damit stellt, ist die „Entdemokratisierung“ des Staatswesens. Je höher die Verschuldung, desto höher die Zinslast in den öffentlichen Haushalten. Nicht mehr Parlamente bestimmen, wofür Geld ausgegeben wird, sondern der Schuldenstand und die Zinshöhe. Die Handlungsfähigkeit geht zurück und die Gläubiger entziehen mittels Festlegung der Zinsen dem Staat das Geld, mit dem er sich organisieren soll. Durch die Einbindung in ein größeres Währungssystem mit gegenseitiger Haftung (Euro) verschärft sich diese Situation dramatisch, wie wir in den letzten Jahren gesehen haben und weiter sehen werden. Sowohl die Zinshöhe wie die Haftung für externe Schulden sind nur noch gering, wenn überhaupt, durch den eigenen Staat beeinflussbar. Durch die steigende Verschuldung werden zukünftige Parlamente immer weniger Spielraum haben.

Weiter ist damit für den sozialen Anspruch des Staates ein Problem durch gigantische Umverteilung entstanden. Wer ist der Gläubiger des Staates? Meist vermögende Menschen oder Gruppen von Menschen, die „übriges Geld“ haben, das sie dem Staat gegen Bezahlung (Zins) zur Verfügung stellen. Damit entstehen durch die Staatsverschuldung private Gewinne bei denen, die schon Geldvermögen haben, die Lasten aber werden durch meist indirekte Steuern auf alle verteilt. Von den indirekten Steuern und Abgaben sind aber wiederum niedrige Einkommen und besonders Familien prozentual am stärksten betroffen. Wieder liegt die Last bei denen, die eigentlich durch Kinder für die Zukunft des Staates die entscheidende Leistung erbringen.

Lösungen hat Kirchhof auch anzubieten. Als wichtigstes sieht er an, Kinder als nachhaltigen Wachstumsfaktor zu erkennen und Familien massiv zu unterstützen und zu fördern. Dazu ist

Gesamtschuldenstand von Bund, Ländern und Gemeinden pro Kopf in jeweiligen Preisen (Euro) in den Jahren 1950 bis 2010



die bisherige Familienpolitik deutlich von der Wirtschaftförderungs- politik abzugrenzen.

Als wichtigste Maßnahmen nennt der Autor die Reform des Rentenrechts mit der Anerkennung der Elternleistung, ein früherer Mut zu Kindern mit anschließender Bevorzugung von Müttern im Erwerbsleben, massiver Ausbau der Heimarbeitsmöglichkeiten für Eltern, Familiensplitting im Steuerrecht, ein Wahlrecht für Kinder, das durch die Eltern stellvertretend ausgeübt wird und ein gesellschaftliches Umdenken was den Stellenwert der Familie betrifft. In seiner Ansprache beim Neujahrsempfang des Erzbischofs von Freiburg sagte er dazu: „Stellen Sie sich vor, wir würden ein Jahr lang in Fernsehen, Rundfunk, Zeitung und Internet nicht für Produkte und Dienstleistungen sondern in gleichem Umfang und mit gleichem Geld für Familie werben.“

Auf weitere Schritte wie Vermögensabgabe, Subventionsabbau und Finanztransaktionssteuer geht Kirchhof im Weiteren ebenfalls ein. Alles darzustellen, würde hier sicher den Rahmen sprengen.

Insgesamt liest sich das Buch leicht, wenn auch an manchen Stellen etwas langatmig. Die Aussagen sind gut belegt, Quellen mit Statistiken und Diagrammen aufbereitet. Am interessantesten und sicher diskussionswürdig ist aus meiner Sicht, das Stichwort „Nachhaltigkeit“ auch einmal auf das Finanzgebaren der öffentlichen Haushalte auszudehnen. Und es wird sehr deutlich, dass die Aussage unserer Eltern: „Unseren Kindern soll es einmal besser gehen!“ in unserer Generation erschreckend in die Sorge „Hoffentlich geht es unseren Kindern mal nicht sehr viel schlechter als uns heute!“ gewandelt hat.



Prof. Dr. Paul Kirchhof
Professor der Rechtswissenschaften, insbesondere Steuerrecht und öffentliches Recht, Ehem. Verfassungsrichter, Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften

Mütter müssten die höchste Rente bekommen

Gastredner beim Neujahrsempfang der Erzdiözese war in diesem Jahr der Verfassungs- und Steuerrechtler Professor Dr. Paul Kirchhof.

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter, der an der Universität Heidelberg einen Lehrstuhl für Staatsrecht hat und Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht ist, sprach in einem Impulsvortrag über die Bedeutung von Ehe und Familie für die Zukunft der Gesellschaft. Kirchhof plädierte für eine gezielte Förderung von Familien – auch bei Akademikern: Wer nach dem Abitur und dem Studium mit 22 Jahren zunächst eine Familie gründe und Kinder erziehe, solle anschließend bei der Suche nach einem Arbeitsplatz oder weiteren Ausbildungsschritten gezielt bevorzugt werden. Ein Generatio-

nvertrag ohne Schuldner – also ohne Kinder – sei nichts wert. Zurzeit könnten sich kinderlose Doppelverdiener einen hohen Rentenanspruch sichern – in der Familien- und Rentenpolitik müsse es ein Umdenken geben.

„Die Mütter müssten die höchste Rente bekommen“, fordert Kirchhof. Nur eine Gesellschaft, die sich ihrer Werte und deren Fundierung sicher sei, bleibe zur Toleranz fähig, „die nicht einem Weichmut der Wohlmeinenden fordert, nicht jeden Wohlklang für Wahrheit hält, sondern den intellektuellen Kraftakt erwartet, zwischen Vorgegebenem und Abstimmbareren, zwischen Unverbrüchlichem und Zerbrechlichem, zwischen Unveräußerlichem und Käuflichem zu unterscheiden“.

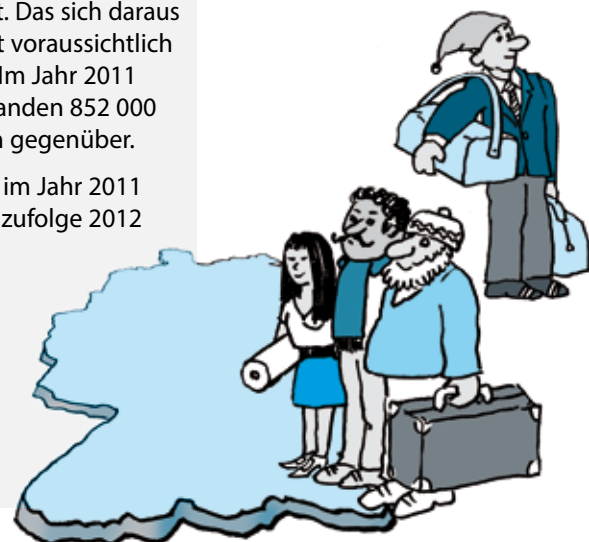
2012 erneuter Bevölkerungsanstieg erwartet

Die Einwohnerzahl Deutschlands hat nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2012 erneut zugenommen. Am Jahresanfang lebten 81,8 Millionen Personen und am Jahresende voraussichtlich etwa 82,0 Millionen Personen in Deutschland. Nach acht Jahren Rückgang wird die Bevölkerungszahl damit das zweite Jahr in Folge steigen. Ursache hierfür sind die hohen Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland, die das Geburtendefizit – die Differenz aus Geburten und Sterbefällen – 2011 und 2012 mehr als nur ausgleichen konnten.

Für das Jahr 2012 wird mit 660 000 bis 680 000 lebend geborenen Kindern und 860 000 bis

880 000 Sterbefällen gerechnet. Das sich daraus ergebende Geburtsdefizit liegt voraussichtlich bei etwa 185 000 bis 200 000. Im Jahr 2011 betrug es 190 000 – damals standen 852 000 Sterbefällen 663 000 Geburten gegenüber.

Der hohe Wanderungsgewinn im Jahr 2011 (+ 279 000) fiel der Schätzung zufolge 2012 nochmals deutlich höher aus: Es wird damit gerechnet, dass mindestens 340 000 Personen mehr aus dem Ausland zugezogen als ins Ausland fortgezogen sind. Einen Wanderungsgewinn von mehr als 300 000 gab es zuletzt 1995.





Was am Monatsende übrig bleibt – Horizontaler Vergleich 2013

Einkommen/Abzüge 2013 in €	Ledig ohne Kind	Verheiratet ohne Kind	Verheiratet 1 Kind	Verheiratet 2 Kinder	Verheiratet 3 Kinder	Verheiratet 4 Kinder	Verheiratet 5 Kinder
Steuerklasse	I	III/0	III/1	III/2	III/3	III/4	III/5
Jahresbrutto	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
Lohnsteuer	4.029	1.514	1.514	1.514	1.514	1.514	1.514
Kirchensteuer (8 %)	322	121	17	0	0	0	0
Solidaritätszuschlag	222	0	0	0	0	0	0
Krankenversicherung (AN 8,2 %)	2.460	2.460	2.460	2.460	2.460	2.460	2.460
Rentenversicherung (AN 9,95 %)	2.835	2.835	2.835	2.835	2.835	2.835	2.835
Arbeitslosenversicherung (AN 1,5 %)	450	450	450	450	450	450	450
Pflegeversicherung (AN 1,025 % + 0,25 %)	383	383	308	308	308	308	308
Kindergeld	0	0	2.208	4.416	6.696	9.276	11.856
Netto	19.299	22.237	24.624	26.849	29.129	31.709	34.289
Steuerliches Existenzminimum							
Erwachsener	8.130	16.260	16.260	16.260	16.260	16.260	16.260
Kinder	0	0	7.008	14.016	21.024	28.032	35.040
Frei verfügbares Einkommen/Haushalt im Jahr	11.169	5.977	1.356	-3.427	-8.155	-12.583	-17.011
Frei verfügbares Einkommen/Haushalt im Monat	931	498	113	-286	-680	-1.049	-1.418

Lesehilfe zum „horizontalen Vergleich“

In unserer Gesellschaft/der Politik ist es unstrittig, dass unser Steuersystem nach Leistungsfähigkeit besteuert/besteuern soll – wer (mehrere) Kinder hat, also deutlich weniger leistungsfähig ist als z. B. ein Ehepaar ohne Kinder bzw. mit weniger Kindern.

Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Ein Ehepaar ohne Kinder zahlt gleich viel Steuern wie ein Ehepaar mit einem, zwei... „unendlich“ vielen Kindern. (Das gilt übrigens für alle Erwerbseinkommenshöhen).

Interessant ist, dass dagegen die Kirchensteuer familienfreundlich ist – Freibeträge führen zu weniger bzw. gar keiner Kirchensteuer.

Auch bei den Beiträgen zur Pflege-, Renten- und Krankenversicherung – von Familiengerechtigkeit keine Spur. Egal, ob mit oder ohne Kinder, alle zahlen das Gleiche, obwohl der Kinderanteil des Familieneinkommens (zwingende Unterhaltungspflicht der Eltern gegenüber ihren Kindern!) den Eltern gar nicht zusteht und somit nicht beiträgt werden darf.

Hier führt der Freiburger Familienbund Musterklagen, bei denen im Herbst 2012 die Revisionen beim Bundessozialgericht eingereicht worden sind. Näheres s. auf unserer Homepage www.familienbund-freiburg.de.

Aber dann wird es doch familiengerecht – das Kindergeld fördert die Familien und stockt ihr Einkommen „kräftig“ auf. Leider weit gefehlt: Das Kindergeld ist Bestandteil des Steuerrechts und soll die falsche Einheitsbesteuerung für Ehepaare mit und ohne Kinder korrigieren. Im § 31 „Familienleistungsausgleich“ des Einkommenssteuergesetzes (EStG) heißt es dazu: „Die steuerliche Freistellung eines Einkommensbetrages in Höhe des Existenzminimums eines Kindes einschließlich der Bedarf für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung wird im gesamten Veranlagungszeitraum entweder durch die Freibeträge nach § 32, Abs. 6 oder durch Kindergeld nach Abschnitt X bewirkt. So weit das Kindergeld dafür nicht erforderlich ist, dient es der Förderung der Familie“.

Bleibt noch zu erwähnen, dass das steuerliche Existenzminimum auf Grundlage des EStG vom Gesetzgeber so definiert/festgelegt ist – also keine Erfindung etwa von Familienverbänden ist. Diese halten es eher für deutlich zu niedrig angesetzt.

Genauer zur angeblichen Familienförderung durch das Kindergeld siehe auf Seite 3.

G.Z.



Herausgeber und Verlag:
Familienbund der Katholiken,
Diözesanverband Freiburg,
Okenstraße 15, 79108 Freiburg

Tel. 0761 5144-204
Fax 0761 5144-76204
familienbund@
seelsorgeamt-freiburg.de

Redaktion:
Georg Zimmermann (G.Z.)
ISSN 0945-2338

Grafik, DTP:
e'art - Klaus Eschbach, Ettenheim
Druck:
Druckerei Stückle, Ettenheim